

Die japanische Innenpolitik 2006/07 und Japans Parteien

Japan's Domestic Politics 2006/07 and
its Parties

Manfred Pohl

1 **Schwerpunkte und Tendenzen**

1.1 **Exit Koizumi – enter Abe**

Gerade einmal zehn Monate ist der Nachfolger Koizumis, Shinzō Abe, bei Abfassung dieses Berichts im Amt – und selten haben die LDP, ihr Chef und der Ministerpräsident nach dem Amtswechsel solchen Absturz in der öffentlichen Zustimmung erlebt. Während der Amtszeit Koizumis 2001–2006 erfreuten sich LDP und Regierung einer der permanent höchsten Zustimmungsraten, wenn diese auch in erster Linie an die Person Koizumis gebunden war. Er konnte nach seiner Wahl zum Parteichef der LDP in allen Wahlgängen unter seiner Regierung überzeugende Plebiszite für seinen Regierungsstil erhalten: Wie jeder Partei- und Regierungschef Japans musste auch Koizumi sich ein »nachträgliches Mandat« der Wähler erkämpfen, da auch er – wie jeder LDP-Regierungschef – zuerst einmal nur als Parteichef durch ein Votum der LDP-Abgeordneten beider Häuser des Parlaments in sein Amt gelangt war. Für Abe steht eine vergleichbare Bewährungsprobe durch einen Wahlgang der Bevölkerung noch bevor – die Oberhauswahlen vom Juli 2007 sollten zu einer solchen Probe werden. Koizumi war zu seiner Amtszeit ein »innenpolitischer Regierungschef«, dessen Agenda Schlüsselziele wie Postprivatisierung, Kampf gegen die staatliche Bürokratie und Abbau der Staatsverschuldung umfasste. Außenpolitisch richtete er einige Schäden an, darunter die Entsendung japanischer

Soldaten in den Irak auf Grund bedingungsloser Bündnistreue zu den USA nach dem 11. September 2001, die in der japanischen Öffentlichkeit keineswegs auf ebenso bedingungslose Zustimmung stieß – vorsichtig ausgedrückt.

Die regelmäßigen Pilgerbesuche Koizumis am Yasukuni-Schrein – zuletzt am 15. August 2006, dem Jahrestag der japanischen Kapitulation 1945 – zerrütteten die Beziehungen Japans zu den beiden Koreas, vor allem aber zu China, die in der Amtszeit Koizumis einen Tiefpunkt erreichten. Die außenpolitischen Spannungen unter Koizumi aber wurden in der Wahrnehmung der japanischen Öffentlichkeit voll aufgewogen durch die innenpolitischen Erfolge: Der Regierungschef hatte jene Themen in seine Agenda aufgenommen, die der Mehrheit der Japaner auf den Nägeln brannten – noch populärer machten Koizumi die Maßnahmen in Richtung LDP, mit denen er seiner Partei die Zustimmung zu seinen Zielsetzungen und Methoden aufzwang: Er brach die Macht der Parteibarone und ihrer innerparteilichen Machtgruppen (*habatsu*, Faktionen) indem er immer wieder mit Neuwahlen, ja sogar mit »Zerstörung der LDP« drohte; gegen die Platzhirsche der Partei, die sich seinen Reformanstrengungen widersetzen, ließ er junge Kandidaten seiner Wahl antreten, die er gefördert hatte (»Koizumis Kinder«). Die Rechnung ging eindrucksvoll in den Unterhauswahlen 2005 auf, als die LDP unter Koizumis Führung einen Erdrutschsieg errang. Von 37 aus der LDP von Koizumi »ausgestoßen« Widersachern wurden gegen die jungen »politischen Mörder« nur 13 als Unabhängige wiedergewählt.

Als Koizumi 2001 zum Partei- und Regierungschef gewählt wurde, fand er ein Japan in verzweifelter Lage vor: Die Wirtschaft stand am Beginn einer deflationären Abwärtsspirale, die Banken saßen auf Mengen nicht einbringbarer Schulden, die Arbeitslosigkeit stieg schier unaufhörlich und die »Japan Inc.« verlor rapide an internationaler Wettbewerbsfähigkeit; die Popularität des damaligen Partei- und Regierungschefs Yoshiro Mori war unter 10% gesunken. Koizumi ging die Probleme mit einem völlig ungewohnten Politikstil an: Seine Kabinette bestanden nicht aus Parteibaronen, die Minister wurden nicht nach Faktionsproporz oder nach Bedingungen der Günstlingswirtschaft zusammengesetzt, vielmehr holte Koizumi nicht an Parteien gebundene, intellektuell unabhängige und originelle Persönlichkeiten aus akademischen Kreisen, Geschäftswelt und den Künsten, die seine Grundwerte teilten. Dabei stand die Privatisierung der Postdienste, vor allem der Postbank und der Postversicherung im Mittelpunkt. Aus den Spareinlagen der Postbank und Beiträgen der Postversicherung konnten die Bürokratieapparate das FILP (Fiscal Investment and Loan Program, Japans »zweiter Haushalt«) ohne parlamentarische Kontrolle finanzieren (FEER, 1.9.06: 24–28).

Koizumi hinterließ seinem Nachfolger Abe nach seinem vorzeitigen Ausscheiden (s. auch unter »Parteien«) im Wesentlichen ein solide bestelltes Haus, dessen Fundamente Abe jedoch in kurzer Zeit zum Bröckeln brachte. Er hatte 2006/07, wie sich kurz vor den Oberhauswahlen zeigte, die drängenden Sorgen der japanischen Wähler völlig falsch eingeschätzt: Er forderte Patriotismus-Unterricht an den Schulen, eine Verfassungsreform und ein »schönes Japan« (*utsukushii nippon*) – was immer das sein mochte. Abe wollte die Nachkriegsordnung aufbrechen, das »japanische Volk müsse sich selbst eine neue Ordnung geben« (Newsweek, 5.3.07: 24–27). In einem Interview mit demselben Blatt wurde Abe noch deutlicher:

»60 Jahre sind vergangen seit die Verfassung in Kraft trat. Es gibt in dieser Verfassung Maßgaben, die nicht mehr in unsere Zeit passen [...] Die Verfassung wurde unter US-Besatzung ausgearbeitet. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir Japaner selbst eine Verfassung ausarbeiten, in der die Erscheinungsform unseres Landes wiedergespiegelt ist, die wir für das 21. Jahrhundert für wünschenswert halten.« (NEWSWEEK, 30.4.07: 37)

Nach der Abwehr eines Misstrauensvotums (s. u.) verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Reform der Erziehung, das in Zukunft Patriotismus-Unterricht vorschreibt (AS, 16.12.06; FT, 16.12.06; AWSJ/online, 16.12.06). Nach der Umwandlung der ehemaligen Selbstverteidigungsstreitkräfte (*jieitai*) in eine reguläre Armee durch das Parlament ist dieser Beschluss wohl der zweite große innenpolitische Erfolg Abes (Reuters: ST/online, 16.12.06). Damit ist eine parlamentarische Grundlage gelegt, die einen weit ehrgeizigeren Vorstoß Abes absichern könnte: Im Rahmen seiner Verfassungsziele will Abe 2007 ein Referendum auf den Weg bringen, das eine Verfassungsänderung bzw. später eine neue Verfassung begründen könnte. Im April bzw. Mai 2007 verabschiedete das Parlament ein Gesetz über Referenden, das ausschließlich Abstimmungen über Verfassungsänderungen vorsieht (JT/online, 14.4., 15.5.07). Der Weg ist dennoch steinig, denn außer dem Referendum ist auch die Zustimmung von zwei Dritteln beider Häuser des Parlaments notwendig, aber starke Kräfte in der LDP und vor allem die Neue Kōmeitō sind strikt gegen eine Aufweichung der pazifistischen Verfassung (AWSJ/online, 19.12.06). Die japanische Öffentlichkeit aber sorgte sich um Arbeitsplätze, um sinkende Qualität der Schulbildung, wachsende Kinderarmut (14% der japanischen Kinder leben in Armut, der OECD-Durchschnitt ist 11%!, FEER, 1.9.06: 26) und soziale Sicherheit, um die Pannen in japanischen Kernkraftwerken. Der Skandal um das Verschwinden von Akten bzw. fehlerhafte Kontenführung des Pensionfonds tat ein Übriges. Das Bekanntwerden fingierter Fragen durch Staatsbeamte bei sog. »Bürgertreffen«, auf denen die Abe-Regierung ihre Politik populär machen wollte, drückte die Zustimmungsraten für Abe noch weiter. Die »Claqueure« tauchten auf 29 Treffen auf,

wo sie sich als interessierte Bürger ausgaben, Untersuchungen ergaben, dass 60% der 174 »Bürgertreffen« seit 2001 (Gründung der »Bürgertreffen«) inszeniert waren (SCMP/online, 15.12.06; ST/online, 27.12.06; Economist, 21.7.07: 52–53). Die »Bürgertreffen« nach US-Vorbild waren also schon unter Koizumi eingeführt worden, die manipulierten Treffen fanden sämtlich in der Amtszeit von Abes Vorgänger statt, er aber war als Kabinettssekretär Koizumis für die Fehlentwicklungen verantwortlich (IHT, 16/17.12.06). Abe und einige seiner Minister taten »Buße«, indem sie für drei Monate auf ihre Bezüge als Regierungsmitglieder verzichteten (AWSJ/online, 14.12.06; SCMP/online, 14.12.06). Ein Misstrauensantrag der Opposition im Gefolge der Enthüllungen wurde von den Regierungsfraktionen mühelos niedergestimmt (AWSJ/online, 15.12.06). Schließlich ertete Abe harsche öffentliche Kritik, weil er (aus parteitaktischen Gründen) ehemalige LDP-Politiker wieder in die Partei zurück holte, die von Koizumi als Reformgegner (sog. »Post-Rebellen«) hinaus gedrängt worden waren. Von den 13 früheren LDP-Politikern, die im September 2006 als Unabhängige ins Unterhaus gewählt worden waren, wurden elf wieder in die Partei aufgenommen, einer schloss sich der DPJ an und ein weiterer verweigerte die Unterschrift unter eine Loyalitätserklärung für die LDP (Reuters, AFP: ST/online, 22.12.06). Die Öffentlichkeit reagierte mit Empörung auf diesen Schritt, vor allem Abes Erklärung, die elf seien nötig für ein gutes Abschneiden in den anstehenden Oberhauswahlen, war bestenfalls umstritten; besonders die jungen Parlamentarier, die unter Koizumi 2005 erstmals gewählt worden waren, reagierten mit Erbitterung (ST/online, 16.12.06). Abe trat sein Amt mit 71% Zustimmung an, im November sackte diese Rate auf 51% (Nikkei, 15.11.06). Zuvor allerdings konnte die Zustimmungsrage für Abe und die Koalition vorübergehend wieder zulegen: Der nordkoreanische Atomwaffen-Test verhalf der LDP zu Erfolgen in Nachwahlen (s. Abschnitt 1.2 »Wahlen«) im Oktober und ließ die Zustimmungsrage auf über 60% ansteigen (DY, 24.10.06; FT, 24.10.06).

Innerhalb der LDP gab es einen breiten Konsens, dass nur Abe befähigt schien, das Erbe Koizumis anzutreten, wie die deutliche Wahlentscheidung unterstrich (s. Abschnitt 2 »Die Parteien Japans«). Während des innerparteilichen Wahlkampfes betonte Abe immer wieder, er wolle die Reformanstrengungen seines Vorgängers fortsetzen – um so größer war später die Enttäuschung, als immer deutlicher wurde, dass Abe an überwunden geglaubte Traditionen der LDP anknüpfte: Hinterzimmer-Politik, Klientel-Beziehungen und verstärkte Faktionsaktivitäten in der Partei. Letztlich schien das nicht verwunderlich, entstammt Abe doch altem LDP-»Adel«: Sein Großvater war Regierungschef, sein Vater u. a. Außenminister (FT, 21.9.06). Der Großvater Abes war niemand anderes als Nobusuke Kishi, Rüstungsminister unter Tōjō während des Pazifischen Krieges, dann als Kriegsverbrecher verurteilt,

freigelassen und 1957–1960 Ministerpräsident; unter seiner Regierung wurde 1960 der Amerikanisch-Japanische Sicherheitsvertrag verlängert, gegen den heftigen Widerstand der Linken. Legendär sind Kishis Kontakte zu rechtsradikalen Gruppierungen und Gangsterorganisationen (Yakuza) (Economist, 19.5.07:54).

Die politischen Zielsetzungen Abes, die er während des Wahlkampfes innerhalb der LDP betonte, umfassten die Vermeidung von schnellen Steuererhöhungen (im Unterschied zu seinem Herausforderer, Finanzminister Tanigaki), statt dessen baldige Ausgabensenkungen vor allem bei Sozialausgaben und Betonung wirtschaftlichen Wachstums. Im Bereich der Wirtschaftspolitik hatte Abe deutliche Schwächen: Anders als sein Vorgänger war ihm kaum zuzutrauen, gegen den Widerstand alter Seilschaften die Privatisierung der Post sowie der Bau- und Kreditgesellschaften weiter voranzutreiben (FAZ, 26.9.06). Außenpolitisch strebte Abe eine Entspannung mit China an – folgerichtig führte ihn seine erste Auslandsreise als Regierungschef nach China, wenig später folgte ein Besuch in Südkorea; beide Reisen trugen nicht unwesentlich zur Entspannung der japanischen Beziehungen zu beiden Nachbarländern bei. Einen Misston gab es jedoch: Auf die Frage, ob auch er den Yasukuni-Schrein offiziell besuchen werde, antwortete er ausweichend, er werde es sich zu »gegebener Zeit« überlegen. Angesichts der »politischen Sozialisation« Abes dürfte kein Zweifel daran bestehen, dass er mit seiner nationalistischen Grundeinstellung die Pilgerbesuche fortsetzen wird (AWSJ/online, 25.9.06).

1.2 Wahlen

Für die Oberhauswahlen 2007 rechneten Beobachter mit drei möglichen Szenarien, sollte die LDP und ihre Koalition nur wenige Sitze über der Mehrheit liegen, könnte Abe wohl mühsam weitermachen, sollten LDP und Koalition gar die Mehrheit gänzlich einbüßen, müsste Abe wohl zurücktreten. Das würde einen Machtkampf in der LDP auslösen, in dem Außenminister Tarō Aso wohl Favorit wäre, keine gute Alternative, denn Aso ist eng mit den politischen Vorstellungen Abes verbunden. Eine dritte denkbare Möglichkeit wäre die Wahl eines »elder statesman« als Übergangschef in Partei und Regierung, sollte die LDP eine vernichtende Niederlage erleiden. Kandidat in diesem Falle wäre Yasuo Fukuda (71 Jahre) (Economist, 21.7.07: 53).

In den Oberhauswahlen vom 29. Juli 2007 stand eine Hälfte der 242 Oberhausitze zur Neuwahl an. Die Stimmung in der LDP war angesichts der Umfrageergebnisse für die Partei und den Regierungschef schlecht; einige LDP-Politiker bereiteten sich sogar schon diskret auf eine mögliche Unterhauswahl nach einer krassen

Niederlage in den Oberhauswahlen vor. Mit großer Besorgnis ging vor allem auch die NKT in die Wahlen, von ihren Sitzen im Oberhaus standen zwölf zur Wiederwahl an, Abe hoffte auf mindestens 52 Sitze für die LDP (Economist, 7.7.07: 53). Bereits gegen Ende 2006 hatte Abe zweierlei klar gemacht: Zum einen wollte er die Partei wieder stärker in Entscheidungsprozesse der Regierung einbinden – damit wäre ein wesentlicher Erfolg Koizumis zunichte gemacht – zum anderen beanspruchte er das Recht, gegen die Partei Kandidaten für die Oberhauswahl zu benennen – nicht wenige LDP-Politiker fürchteten, dass Abe hier an die »Post-Rebellen« dachte. Die LDP hatte schnell die entscheidende Schwäche Abes erkannt und ihm seine Grenzen aufgezeigt: sein Plan, einen großen Teil der Steuereinnahmen in den allgemeinen Haushalt zu stellen statt in den Straßenbau, wurde von der LDP abgeblockt – zu viele Stimmen hängen von Bauaufträgen ab; die LDP stimmte nur zu, Reste des Straßenbau-Etats dem allgemeinen Haushalt zuzuführen. Auch wurde der Regierung nicht die freie Entscheidung über die Verwendung der Kraftstoff-Steuer zugebilligt, sie macht 80% der Ausgaben für den Straßenbau aus. Damit war das Reform-Image Abes stark beschädigt, seine Zustimmungsraten sanken auf 47% (AS, 15.12.06).

Die Oberhauswahlen vom 29. Juli 2007 wurden zu einem Desaster für die LDP – und für Abe. Die Koalition verlor zum ersten Mal seit 1955 die Mehrheit in der Zweiten Kammer; die DPJ ist jetzt demgegenüber die stärkste Kraft im Oberhaus. Bereits am Wahlabend machte Abe jedoch deutlich mit Hinweis auf die Zweidrittel-Mehrheit der Koalition im Unterhaus, dass er im Amt bleiben wolle, um seine politischen Ziele umzusetzen, dagegen legte der LDP-Fraktionschef im Oberhaus sein Amt nieder, Generalsekretär Nakagawa deutete ebenfalls Rücktrittsabsichten an. Abe taktierte damit völlig anders als Ryūtarō Hashimoto, der nach verlorenen Oberhauswahlen 1998 seinen Rücktritt erklärte. Der Koalitionspartner der LDP, die Neue Kōmeitō, stellte sich sogleich an die Seite des Regierungschefs und sprach sich für die Fortsetzung einer gemeinsamen Regierung unter Abe aus. Entscheidend für die Niederlage der Koalition war nach Wählerbefragungen der Skandal um die Rentenversicherung, wo mehr als 50.000 Rentenkonto fehlerhaft geführt worden waren. Verstärkt wurde die ablehnende Haltung der Wähler gegenüber der LDP auch durch die Serie von weiteren Skandalen, die Abes Kabinett erschüttert hatten (s. Abschnitt 1.3 »Skandale«). Befragungen und Wahlanalysen unmittelbar nach Schließung der Wahllokale zeigten, dass die LDP nur noch bei den über 70jährigen auf sichere Mehrheiten zählen kann. Nicht einmal die ländliche Bevölkerung, bisher die treueste Wählerschaft der LDP, gab mehrheitlich ihre Stimmen der LDP. Nach ersten Hochrechnungen am Wahlabend wird die LDP nur 35 Sitze gewinnen, deutlich weniger als die 52, die Abe angestrebt hatte. Vor der Wahl hatte es aus

Kreisen der LDP geheißt, ein Ergebnis unter 40 Sitzen müsse zum Rücktritt des Regierungschefs führen (FAZ, 30.7.07; SZ, 30.7.07). Die Folgen des Wahldesasters dürften sich für Abe in Grenzen halten: Er kann weiter regieren, auch wenn er sich scharfer innerparteilicher Kritik ausgesetzt sehen dürfte, die endgültige Entscheidung über das weitere Schicksal des Partei- und Regierungschefs liegt aber in den Händen der Machtgruppen in der LDP.

Dabei verliefen die ersten Wahltests für Abe in 2006 recht gut: Zwei Nachwahlen für Unterhaussitze im Oktober (die Wahlkreise Osaka 9 und Kanagawa 16) wurden im Gefolge des nordkoreanischen Atomtests vom 9. Oktober zu überzeugenden Erfolgen für die LDP-Kandidaten. Dieses Ergebnis war für die DPJ besonders schmerzlich in Osaka, wo die größte Oppositionspartei traditionell eine starke Basis hat. Entscheidend war hier die entschlossene Unterstützung für LDP-Bewerber durch den Koalitionspartner Neue Kōmeitō und ihre Massenbasis, die Sōka gakkai (zusammen ca. 35.000 Mitglieder in Osaka), die beide intensiven Wahlkampf »von Tür zu Tür« betrieben. Diese Taktik schweißte LDP und Neue Kōmeitō (NKT) weiter zusammen, zumal NKT-Chef Akihiro Ota seitens der LDP und Abes ausdrücklich die Anerkennung dieser Hilfe einforderte, was bei einigen LDP-Granden die Sorge auslöste, die Partei könnte gegenüber der NKT an Profil verlieren. Die DPJ auf der anderen Seite wollte ihre Wahlstrategie unter Führung des Generalsekretärs Yukio Hatoyama völlig neu gestalten. Im Wahlkampf fiel Ex-Parteichef Maehara Ozawa in den Rücken, als er die Auffassung der LDP hinsichtlich einer Definition des Begriffes »Notfall« in den Gewässern, die an Japan grenzen (Guidelines USA-Japan, 1997) unterstützte (DY, 24.10.06).

Einen Sonderfall in den Wahlgängen 2006 bildeten die Gouverneurswahlen von Okinawa: Zentrales Wahlkampfthema war die zukünftige US-Truppenpräsenz auf den Inseln und in der Region. Gewählt wurde mit Hirokazu Nakaima ein Erfolgsmann Shinzō Abes; sein Gegner, der einen deutlichen Abbau der US-amerikanischen Truppen forderte, unterlag nicht zuletzt wegen der Sorgen der Wähler auf Okinawa, ein US-Rückzug könnte zu weiteren wirtschaftlichen Problemen auf der südlichen Inselgruppe führen, dort ist die Arbeitslosenrate doppelt so hoch wie der Landesdurchschnitt. Der Sieg des konservativen Bewerbers wurde als Signal für Abe gewertet, die militärische Kooperation angesichts der nordkoreanischen Bedrohung weiter zu verstärken. Auch der Vorgänger des Siegers, Keiichi Inamine, war dem konservativen Lager zuzuordnen, aber sein Wahlprogramm verfiel nicht. Beobachter warnten jedoch vor der Annahme, damit sei eine japanische Zustimmung zur Umgruppierung von US-Truppen aus Okinawa nach Guam verbunden: Nach einem Plan des ehemaligen US-Verteidigungsministers Rumsfeld sollten von

den 20.000 US-Soldaten auf Okinawa 8.000 nach Guam verlegt werden (SCMP/online, 21.1106).

Ende 2006 war Abe von mehreren Skandalen in den Reihen seines Kabinetts (s. Abschnitt 1.3 »Skandale«) schwer angeschlagen, aber Beobachter gingen davon aus, dass sein Krisenmanagement bis zu den Oberhauswahlen die Rückschläge überwinden würde. Ein Signal in diese Richtung waren die Regional- und Gouverneurswahlen vom April 2007: Die LDP eroberte neun von elf Gouverneursposten, darunter den Posten in Tokyo, wo der erkonservative Amtsinhaber Shintarō Ishihara auf einem LDP-Ticket siegte. Seinem wichtigsten Gegner Shiro Asano – ein früherer Beamter des Gesundheitsministeriums und Gouverneur der nordjapanischen Präfektur Miyagi – gelang es offenbar nicht, ungebundene Wähler zu gewinnen, zumal er die ihn stützende DPJ ersucht hatte, nicht offensiv im Wahlkampf aufzutreten (AFP: ST/online, 6.4.07; ST/online, 9.4.07). Alle neun siegreichen Bewerber um die Gouverneursposten waren die Amtsinhaber; Beobachter deuten diese Tatsache als Hinweis, dass Wähler nicht vorrangig nach Parteizugehörigkeit entscheiden (MS, 10.4.07).

Ein anderes Bild ergaben die Wahlergebnisse für die Kommunalparlamente: Die LDP büßte 101 Sitze ein und erreichte 1212 Mandate, die DPJ dagegen steigerten ihren Anteil um 375 Sitze, ein Zuwachs von 145 Sitzen. Zur Neuwahl standen 8024 Sitze in 310 Städten, im Ergebnis entfielen 1122 Sitze auf Bewerberinnen, damit überstieg diese Zahl zum dritten Mal in Folge die Marke 1000 (JT, 24.4.07).

1.3 Neue (und ältere) Skandale

Nach einem Bericht des Wochenmagazins *Shūkan shinchō* vom Dezember 2006 hat der damalige Finanzminister Kōji Omi versucht, zusätzliche Finanzmittel in den Haushalt 2007 einzustellen, um sein Lieblingsprojekt an einer Universität auf Okinawa auszustatten. Er wandte sich mit diesem Vorschlag angeblich an eine Expertengruppe, welche die neue Universität managen sollen. Omi bestritt die Angaben nachdrücklich und betonte, er sei lediglich beobachtendes Mitglied der Expertengruppe gewesen, habe diesen Posten aber niedergelegt, als er das Finanzressort übernahm. Der Plan, ein »Okinawa Institute of Science and Technology« zu gründen, wurde 2001 veröffentlicht, als Omi Minister für die Entwicklung Okinawas sowie für Wissenschaft und Technologie war.

Der Minister für Verwaltungsreformen, Genichirō Sata, sah sich laut *Shūkan shinchō* gezwungen, Berichten nachzugehen, eine seiner Unterstützerguppen (*kōenkai*) habe von 1999 bis 2000 bei der Regierung Mittel für ein Büro in Höhe

von 80 Mio. Yen abgerufen, das gar nicht existierte (AWSJ/online, 26.12.06). Zwei Tage später trat Sata von seinem Ministerposten zurück (AWSJ/online, 27.12.06). Er bleibt jedoch Unterhausabgeordneter, sollten sich die Vorwürfe aber erhärten, muss er mit einem Strafverfahren rechnen (JT, 28.12.06).

Kurz zuvor war bereits der Vorsitzende der Steuerkommission, Masaaki Honma, zum Rücktritt gezwungen, weil er mit seiner Geliebten in einer staatlichen Luxuswohnung lebte, die mit Steuergeldern finanziert wurde, obwohl er kein hoher Staatsbediensteter war; seine Frau lebte unterdessen in der gemeinsamen Wohnung in Osaka. Honma ist Professor für Wirtschaft an der Universität Osaka; er bestritt die Tatsachen nicht, verwies aber darauf, dass eine Scheidung laufe. Nach Pressemeldungen zahlte Honma für das Luxusapartment 77 000 Yen an Miete, der tatsächliche Mietwert lag aber bei 500 000 Yen. Der Rücktritt Honmas war zweifellos ein herber Schlag für Abe, denn er hatte den Spezialisten für Steuern persönlich ausgewählt (Reuters, AFP, AP: ST/online, 22., 27., 28.12.06; AS, 26.12.06). Als Nachfolger Honmas ernannte Abe den renommierten Steuerfachmann Yütaka Kōsai. Er studierte an der Eliteuniversität Tokyo, trat 1958 in die Economic Planning Agency ein, die später Teil des Amtes des Ministerpräsidenten und des Kabinettbüros wurde (AWSJ/online, 26.12.06).

Im Mai 2007 beging der Landwirtschaftsminister Toshikatsu Matsuoka Selbstmord wegen einer Korruptionsaffäre in seinem Hause. In einem Abschiedsbrief begründete er seinen Freitod mit dem Versuch, die Ehre Japans und des Ministerpräsidenten zu retten. Mit dem Schritt nahm der Minister einen erheblichen Druck von dem Regierungschef und sicherte ihm zugleich Sympathien in rechten Kreisen. Der Anlass war ebenso traditionell wie banal: Über Jahrzehnte hatte das Landwirtschaftsministerium ein Unternehmen bevorzugt mit Bauaufträgen bedacht, das von ehemaligen Beamten des Ministeriums geleitet wurde. Dieses Unternehmen leitete die Bauaufträge an bestimmte ausgewählte Unternehmen weiter, die dann für Matsuoka und andere Politiker Spenden überwiesen. Mit dem Selbstmord des Ministers wäre früher die Affäre beendet gewesen, heute kann es aber durchaus sein, dass die Strafverfolgungsbehörden weiter ermitteln (FTD, 31.5.07). Auch sein Nachfolger Norihiko Akagi geriet schon kurz nach seinem Amtsantritt massiv in die Kritik: Wegen dubioser Spesenrechnungen, davon einige sogar doppelt abgerechnet, musste er sich entschuldigen; er nannte die ganze Affäre einen »Fehler«. Die Untersuchungen laufen weiter, und Akagi muss mit einem Strafverfahren rechnen (SZ, 30.7.07).

Anfang Juli 2007 musste Verteidigungsminister Fumio Kyūma seinen Hut nehmen, nachdem er in einer möglicherweise nur ungeschickten Äußerung den Eindruck erweckt hatte, die amerikanischen Atombombenabwürfe 1945 seien gerecht-

fertigt gewesen. Am 3. Juli trat er zurück – nicht zuletzt auf massives Drängen des LDP-Koalitionspartners Neue Kōmeitō. Der Aufruhr um Kyūmas Äußerung kam für Abe äußerst ungelegen, denn der Wahlkreis des Ex-Ministers liegt in Nagasaki, wo bisher die LDP eine sichere Bastion hatte – für die Oberhauswahlen war jetzt aber die Position der Partei deutlich geschwächt (ECONOMIST, 7.7.07: 53). Abe konnte jedoch größeren Schaden abwenden, indem er eine Nachfolgerin für den zurückgetretenen Kyūma benannte, die in Japan großes Ansehen genießt: Yuriko Koike. Sie war bereits sicherheitspolitische Beraterin Abes, was ihr den Spitznamen »Japans Condi« einbrachte. Sie zählt zu jenen »politischen Mörderinnen«, die Koizumi in den Unterhauswahlen 2005 in den Wahlkreisen seiner Reformgegner antreten ließ, wo sie die Mehrheit der Platzhirsche schlugen (FAZ, 5.7.07).

Aber auch Abe selbst fiel seiner nationalistischen Grundhaltung zum Opfer und beging im März 2007 einen schwerwiegenden Fehler als er die Rolle der kaiserlichen japanischen Armee bei der Zwangsrekrutierung von Prostituierten aus Korea, China, Taiwan, den Philippinen, Burma, aber auch aus den Niederlanden leugnete. Ein Sturm der Entrüstung in den Nachbarländern Japans erhob sich, zumal er die Aussage von Betroffenen, »japanische Soldaten seien systematisch auf die Jagd nach Frauen in den besetzten Ländern gegangen« als »reine Erfindung« bezeichnete. Während eines USA-Besuches im Mai rang sich Abe zu einer Art »erklärenden Entschuldigung« durch, Präsident Bush akzeptierte diese Form, denn das US-Repräsentantenhaus fordert bereits seit einiger Zeit eine japanische Entschuldigung für die Zwangsprostitution während des Pazifischen Krieges – und Entschädigungszahlungen für die überlebenden Opfer. Der inoffizielle Opferfonds aber hat bereits im März 2007 seine Zahlungen eingestellt (ECONOMIST, 5.5.07: 57).

In der Summe ähnelte Abes Kabinett mit seinen Skandalen zu Beginn des Jahres 2007 einer »aufsässigen und chaotischen Schulklasse, wie sie heute so oft zu finden sind«. Abe schien unfähig – trotz seines LDP-Hintergrunds und seiner Erfahrungen als rechte Hand Koizumis – im Kabinett Disziplin zu wahren (Newsweek, 5.3.07: 26).

2 Die Parteien Japans

Zwei einschneidende Ereignisse im Berichtszeitraum prägten die Entwicklung der **Liberal-Demokratischen Partei (Jimintō, LDP)**: Die Nachfolge im Amt des Parteichefs 2006 und die Oberhauswahlen 2007. Im Rennen um die Nachfolge Koizumis als LDP-Präsident standen Anfang September 2006 drei Spitzenpolitiker: Finanzminister Sadakazu Tanigaki und Außenminister Tarō Aso und Shinzō Abe (Ka-

binett-Staatssekretär/Regierungssprecher, also enger Vertrauter des Ministerpräsidenten) (AWSJ/online, 12.9.06). Den innerparteilichen Wahlgang (wahlberechtigt: LDP-Abgeordnete beider Häuser des Parlaments plus Vertreter der LDP-Regionalorganisationen) konnte Abe mit großem Abstand für sich entscheiden: Auf ihn entfielen 464 von 703 Stimmen, Tarō Aso erhielt 136, Sadakazu Tanigaki 102 Stimmen (FT, 21.9.06). Am 25. September 2006 wurde Abe dann mit den Stimmen der LDP-Abgeordneten beider Häuser zum neuen (und bisher jüngsten) Regierungschef Japans gewählt (AWSJ/online, 26.9.06; FT, 27.9.06).

In einer ersten Stellungnahme betonte Abe, er wolle die Reformanstrengungen seines Vorgängers fortsetzen, zugleich aber auch vorrangig den außenpolitischen Schaden beheben, den Koizumi angerichtet hatte. Die politischen Unterschiede zwischen Koizumi und Abe sind offenkundig, vor allem in der Parteipolitik: Koizumi setzte seinen politischen Willen gegen die LPD durch, während Abe in hohem Maße von den Parteibaronen abhängig ist. Das zeigte sich in den Personalien des ersten Abe-Kabinetts wie auch in der Besetzung der wichtigsten Parteiämter. Neuer Generalsekretär der Partei wurde Hidenao Nakagawa (62 Jahre), der zusammen mit Koizumi Abe als Nachfolger aufgebaut hatte. Er ist wirtschaftspolitischer Vordenker für Abe und zugleich ein Bindeglied zum Partei-Establishment, da er bereits neun Mal in das Unterhaus gewählt wurde, Abe nur fünf Mal. Es ist zweifelhaft, ob Nakagawa noch lange im Amt bleiben wird, denn die Wahlschlappe in den Oberhauswahlen wird zu einem großen Teil auch ihm persönlich angelastet.

Der Vorsitzende des Parteiausschusses für politische Grundsatzfragen, Shōichi Nakagawa (53 Jahre) (nicht verwandt mit dem »General«) gilt als außenpolitischer Hardliner. Er ist ein alter Weggefährte Abes, schon 1997 gründeten beide eine Gruppe junger Parlamentarier, die eine Verfassungsreform und patriotische Erziehung anstrebten – die beiden zentralen Themen in Abes bisheriger Amtszeit. Kabinettsstaatssekretär und Regierungssprecher wurde Yasuhisa Shiozaki (55 Jahre). Als Todai-Absolvent und Mitarbeiter der Bank von Japan gilt er als Wirtschaftsspezialist, auch galt er lange als Kandidat für das Finanzressort. Zusammen mit Abe machte er auch das Thema der Entführungen japanischer Bürger nach Nordkorea zu einem Kernthema der Außenpolitik, was Abe zu großer öffentlicher Aufmerksamkeit verhalf. Die Ernennung Kōji Omi (73 Jahre) zum Finanzminister wird als Akt der Dankbarkeit Abes für die Hilfe gewertet, die Omi für den neuen Regierungschef unter den älteren LDP-Politikern mobilisierte. Omi entstammt dem früheren MITI, leitete aber lange den Steuerausschuss des Finanzministeriums. Unmittelbar nach seiner Ernennung zeigte er seine finanzpolitische Richtung: Keine Steuerdebatte vor Herbst 2007! Außenminister wurde Tarō Aso, der gegen Abe für die Parteipräsidentschaft kandidiert hatte, aber jetzt als zuverlässiger Partner Abes gelten durfte:

Wie Abe strebt auch er eine Normalisierung der Beziehungen Japans zu China und Südkorea an (FT, 27.9.06). »Koizumis Kinder«, ungefähr 80 von ihnen, hatten sich 2006 Koizumis Drängen gefügt und sich keiner der großen Machtgruppen in der LDP angeschlossen. Aber kurz vor den Oberhauswahlen 2007 begannen 30 von ihnen, sich regelmäßig zu treffen, wie es auch die anderen Faktionen tun – kurz: »Koizumis Kinder« schickten sich an, eine »Non-Faktion-Faktion« zu werden (Economist, 21.7.07: 53). Damit würde sich die Faktionenstruktur fürs erste zwar nicht wesentlich verändern, zumal in der Regierungszeit Koizumis die Rolle der Partei und damit der Faktionen geschwächt wurde; aber in Zukunft könnte die Gruppe durchaus einmal an der innerparteilichen Entscheidungsfindung, insbesondere bei Personalentscheidungen in der »zweiten Reihe« der Regierung (Vize-Minister u. ä.) mitwirken wollen. Im Oktober 2006 gab es folgende Faktionen (Vorsitzender/ Gesamtstärke): Machimura (87), Tsūshima (78), Koga (50), Yamasaki (36), Ibuki (33), Kōmura (16), Tanigaki (15), Nikai (15) und Kōno (11) [als Unterhaussprecher ist Kōno formal nicht faktionsgebunden] (Japan aktuell, 6/2006: 106).

Die **Demokratische Partei Japans (Nihon minshūtō, DPJ)** musste 2006 wieder einmal ihr (traditionelles) Führungsproblem lösen. Ein Führungswechsel war im September 2006 um so drängender, um einem Nachfolger Koizumis einen überzeugenden Gegenkandidaten gegenüber zu stellen. Für die Führungsnachfolge in der DPJ kam nur Ichirō Ozawa in Betracht, der die Partei bereits seit April 2006 kommissarisch führte (als »Repräsentant«, *daihyō*), nachdem Seiji Maehara wegen eines Skandals seinen Posten niedergelegt hatte. Die DPJ war 2003 aus der Fusion von Demokratischer Partei mit der Liberalen Partei entstanden. Ozawa wurde ohne Gegenkandidaten zum Parteichef der DPJ gewählt (JT, 13.9.06). Mit ihm trat ein Politiker an die Spitze der DPJ, der wie kaum ein anderer Oppositionspolitiker die Eliten in der LDP kannte: Er war dreimal Generalsekretär der Partei, bevor er 1993 die LDP verließ und eine eigene Partei gründete. In der LDP repräsentierte Ozawa den rücksichtslosen Machtmenschen, der selbst in dieser Partei eher eine Ausnahme war. Das mag damit zusammenhängen, dass Ozawa zum Umkreis eines anderen Machtmenschen, nämlich Kakuei Tanaka zählte, von dem er viel gelernt haben dürfte. Die Neue Japan Partei Ozawas hat sich längst wieder aufgelöst, war aber in den 1990er Jahren entscheidend daran beteiligt, die jahrzehntelange Herrschaft der LDP zu brechen, als die Neue Japanpartei im selben Jahr zusammen mit sechs anderen Kleinparteien die LDP-Regierung durch eine Koalition ablöste. Ozawa gründete 1998 die Liberale Partei, schloss sich dann aber 2003 der Demokratischen Partei an (NZZ, 8/9.4.06; AWSJ/online, 12.9.06). Erwartungsgemäß wurde Ozawa auf einem außerordentlichen Parteitag am 25. September für zwei Jahre als Parteichef gewählt, sein Stellvertreter wurde Naoto Kan, Generalsekretär wurde Yukio Hatoyama.

Auf dem Parteitag der **Neuen Kōmeitō (NKT)** am 30. September 2006 wurde wieder einmal deutlich, wie eng diese Partei mit der buddhistischen Massensekte Sōka gakkai verbunden ist, obwohl die NKT das immer wieder bestreitet. An die Stelle des 1998 gewählten Parteivorsitzenden Takenori Kanzaki trat der ehemalige Leiter der Jugendorganisation der Sōka gakkai und bisheriger Generalsekretär der NKT, Akihiro Ohta. Auf den Posten des Generalsekretärs rückte Kazuo Kitagawa, Absolvent des ersten Jahrgangs der Sōka-Universität (Japan aktuell, 6/2006: 106/7). Auch unter der neuen Führung dürfte sich die NKT weiterhin bemühen, als Partei des Friedens und der Wohlfahrt zu erscheinen, was theoretisch zu Konflikten mit dem Koalitionspartner LDP führen müsste. Nach den Oberhauswahlen 2007 aber zeigte sich, dass auch die neue Führung zu sehr an der Macht hängt, als dass sie einen Konflikt mit der LDP riskiert oder gar die Koalition aufkündigt: Nach der schweren Niederlage der LDP stellte sich die NKT sofort hinter Abe, als er ankündigte, er werde nicht zurücktreten.